



Das Bistum Chur wehrt sich weiterhin gegen die finanzielle Unterstützung der Beratungsorganisation Adebar. (FOTO YANIK BÜRKL)

Den Gang nach Lausanne als «ultima ratio»

Der Konflikt zwischen dem Bistum Chur und dem Corpus catholicum ist um ein Kapitel reicher: Das Verwaltungsgericht weist die Anklage des Bistums gegen die Spende für den Verein Adebar ab. Nun entscheiden die Lausanner Richter.

► NADJA MAURER

I

In einem Kampf mit der Katholischen Landeskirche Graubünden ist das Bistum Chur vor dem Bündner Verwaltungsgericht unterlegen. Die Bündner Richter wiesen eine Beschwerde der Diözese Chur, vertreten durch Generalvikar Martin Grichting, ab. Die Klage betrifft die Spende der Katholischen Landeskirche Graubünden an die Beratungsorganisation Adebar von jährlich 15 000 Franken. Über diese finanzielle Unterstützung liefern sich das Bistum und das Bündner Kirchenparlament, das Corpus catholicum, seit 2012 einen unerbittlichen Streit. Stein des Anstosses ist, dass die Beratungsstelle Adebar zu Schwangerschaft, Familie und Sexualität berät – und auch Abtreibungen nicht ausschliesst. Für das Bistum und den Churer Bischof Vitus Huonder ein klarer Widerspruch zur katholischen Lehre und Ordnung. Das Bistum klagte deshalb unter anderem wegen Verletzung des verfassungsmässigen Staatskir-

chenrechts und wegen Verstosses gegen die Glaubens- und Religionsfreiheit.

Rügen wirken «konstruiert»

In seinem Urteil vom 5. Dezember 2017 kommt das Verwaltungsgericht zum Schluss, dass sich die Rügen des Bistums an der Landeskirche «allesamt als nicht zutreffend» erweisen würden. Es sei nicht erkennbar, in welcher Art und Weise die Glaubens- und Religionsfreiheit des Bistums und seiner Exponenten durch die Unterstützung von Adebar eingeschränkt würde. Die Rügen wirkten teilweise «überspannt und konstruiert», was wohl auf den «tieferliegenden Konflikt» zwischen den Parteien zurückzuführen sei.

Das Verwaltungsgericht beschäftigte sich bereits zum zweiten Mal mit dem Fall. Im Oktober 2012 war das Bistum mit dem Versuch gescheitert, durch seinen Vertreter in der Verwaltungskommission der Landeskirche die Streichung der Spende an Adebar zu erreichen. Eine darauffolgende Beschwerde bei der Rekurskommission der Landeskirche wurde abgelehnt, worauf die Diözese Chur ein erstes Mal an das Verwaltungsgericht gelangte. Das Gericht kam damals zum Schluss, dass der angefochtene Ent-

scheid den Anspruch auf das rechtliche Gehör verletzte – ein Teilerfolg für das Bistum. Im Mai 2016 wies die Rekurskommission den Rekurs der Diözese erneut ab – das Verwaltungsgericht tat es ihr nun gleich.

Mit dem Gang an das Bundesgericht wünscht sich das Bistum Chur «abschliessende rechtliche Klärung», wie es in einer Mitteilung von gestern heisst. Für Adebar sei Abtreibung eine legitime Option, was der Verein auch dadurch zum Ausdruck bringe, dass er sich mit dem Gedankengut der amerikanischen Abtreibungsorganisation «Planned Parenthood» identifiziere. Darüber hinaus stelle die Beratungsstelle Bescheinigungen über die Beratung Schwangerer unter 16 Jahren aus und wirke damit an Abtreibungen aktiv mit. Das Bistum erachtet den Gang an das Bundesgericht laut Mitteilung als «ultima ratio» in einer Frage, «welche die Religionsfreiheit der katholischen Kirche betrifft». Man werde den Entscheid der Richter in Lausanne «selbstverständlich respektieren».

«Adebar wurde zum Spielball»

Für Adebar-Geschäftsleiterin Susanna Siegrist Moser kommt der Weiterzug nicht unerwartet. Das Bistum habe schon vor dem Gang

an das Verwaltungsgericht deutlich gemacht, bis mindestens nach Lausanne gehen zu wollen. Das Bistum stelle Adebar als Abtreibungsstelle hin, was aber nicht zutrefte. «Bei einem Konflikt um eine Schwangerschaft informieren wir neutral über die verschiedenen Möglichkeiten, und die Entscheidung liegt bei der betroffenen Frau», stellt sie klar. Die Schwangerschaftsberatung mache nur einen Teil ihrer Tätigkeit aus, «und nur ein Bruchteil davon betrifft Abtreibungen». Adebar sei zu einem Spielball geworden in einem Konflikt zwischen dem Bistum und der Landeskirche, bei dem es darum gehe, wer das Sagen in der Kirche habe. Für die Beratungsstelle ist der Konflikt laut Siegrist Moser eine Beinträchtigung. Wegen des Rechtsstreits wurde Beitrag der Landeskirche an Adebar in den letzten fünf Jahren – es sind inzwischen 75 000 Franken – eingefroren. «Uns fehlen jährlich 15 000 Franken. Wir zehren an den Reserven», so die Stellenleiterin.

Ebenso wenig überrascht über den Schritt des Bistums zeigt sich Marcus Caduff. Der Präsident des Corpus catholicums meint: «Wenn das Bundesgericht entscheidet, ist ein für alle mal Schluss. Hoffentlich kehrt dann Ruhe ein.»

Die «Städtlibeiz» öffnet wieder ihre Türen

ILANZ/GLION Nach einer Umbauphase von sieben Wochen ist die bekannte «Städtlibeiz» mitten in der Ilanzer Altstadt wieder für Gäste offen. Nach der Sanierung des Restaurants «Obertor», des Blumengeschäfts «Calamandrin» und des «Eldecorado»-Ladens hat der seit bald zehn Jahren baulich in der Surselva engagierte Zürcher Unternehmer Theo Schaub damit sein viertes Projekt im «Städtli» umgesetzt, wie einer Medienmitteilung zu entnehmen ist. Die Arbeiten am Bau aus dem 16. Jahrhundert seien nach denkmalpflegerischen Grundsätzen ausgeführt worden, dies unter der Ägide von Caroline Gasser vom einheimischen Architekturbüro Curschellas und Gasser. In die Jahre gekommene und nicht objektgerechte Oberflächen seien erneuert, kostbare Spuren aus alter Zeit gesucht und erhalten worden. Restauriert wurden laut der Mitteilung unter anderem die Gewölbedecken und Stuckornamente. Bei der Wahl der Materialien und auch der ausführenden Unternehmen sei auf die Region und das lokale Handwerk Rücksicht genommen worden.

Als Gastgeberin weiterhin in der «Städtlibeiz» engagiert ist die bisherige Wirtin Rita Giger, wie es in der Medienmitteilung heisst. So bleibe das Lokal ein Ort für «ein gemütliches Beisammensein, einen geselligen Schwatz am Feierabend». (BT)



Frisch restauriert: Die «Städtlibeiz» in den Gassen von Ilanz. (FOTO ZVG)

Candinas hebt Bedeutung von Mineralquellen hervor

BERN Die Interessengemeinschaft Mineralwasser (IG MW) hat gestern ihren Sessionsanlass in Bern abgehalten. Im Fokus standen dieses Jahr laut einer Mitteilung die Elmer Mineralquellen. Der Bündner Nationalrat Martin Candinas, welcher der IG MW seit 2017 als Präsident vorsteht, unterstrich in seiner Rede die Bedeutung der Hersteller von Mineralwasser als Arbeitgeber in Bergregionen oder auf dem Land. Denn durch die Tatsache, dass das Mineralwasser von Gesetzes wegen am Ort der Quelle unbehandelt abgefüllt werden müsse, entstanden dort wertvolle Arbeitsplätze. Ebenso verwies Candinas auf die zahlreichen Herausforderungen, denen sich die Hersteller zu stellen haben, und er hob die langjährige Geschichte und regionale Verwurzelung der Mineralquellen in der Schweiz hervor. Und schliesslich machte der Nationalrat auf die Kampagne «natürlichanders.ch» aufmerksam, die unter anderem die Gastronomiefachleute und Restaurateure anspricht und die positiven Eigenschaften und den Mehrwert von Mineralwasser für die Gastronomie und Hotellerie vermittelt. (BT)

KURZ GEMELDET

Walter Schlegel besucht SVP-Stamm in Küblis
Im Rahmen seiner Wahlkampagne für den Regierungsrat besucht Walter Schlegel morgen Donnerstag, 1. März, den SVP-Stamm in Küblis. Er wird über die konkreten Auswirkungen des World Economic Forum (WEF) für die Region Prättigau/Davos informieren und über die Herausforderungen berichten, die mit dem Besuch eines amerikanischen Präsidenten verbunden sind. Der Stamm findet ab 20 Uhr im Restaurant «Bahnhöfli» statt. Jedermann – insbesondere auch Nichtmitglieder der SVP – sind laut einer Mitteilung herzlich willkommen.

ZUM GEDENKEN

Elda Simonett-Giovanoli (1924–2018)

Wann immer man ihr begegnete auf den Strassen und in den Gassen von Bivio: Sie war stets die gepflegte Dame, und sie blieb für viele zeitlebens «la maestra», die Lehrerin. Elda Simonett: Geboren als Elda Giovanoli am 1. Februar 1924 im Bergeller Ort Bondo; die Familie kam ursprünglich aus dem nahen Soglio, ihre jungen Jahre aber verbrachte Elda in Italien, in Florenz, wo sie sich am Instituto Malaspina auch zur Lehrerin ausbilden liess. 1943, mit 19, kehrte sie in die Schweiz zurück, sie wurde «maestra» in Bivio, und diesem Dorf blieb sie treu bis zuletzt.

Nicht nur treu: Sie kämpfte auch – sie verteidigte den Gebrauch des Italienischen in der einst neben Livigno einzigen offiziell italienischsprachigen Gemeinde nördlich des

Alpenhauptkamms. Kein einfaches Unterfangen in einem Ort, dessen Anteil an Italienischsprachigen in den Jahren von 1860 bis 1980 von 80 auf 42 Prozent sank, wie das Historische Lexikon der Schweiz weiss. 20 Jahre später hatte sich der Anteil gar auf 29 Prozent reduziert.

Ihr Einsatz für die Sprache hat ihr höchste Anerkennung gebracht: 1978 erhielt sie vom italienischen Staatspräsidenten den Orden «Croce di Cavaliere». Zehn Jahre später bekam sie für ihr kulturelles Engagement einen Anerkennungspreis des Kantons Graubünden. Und 2007 verlieh ihr die Pro Grigioni Italiano (PGI) den «Cubetto PGI» für die Förderung des Italienischen als Kantonsprache im alltäglichen Leben. Elda Simonett-Giovanoli habe lei-

denschaftlich und ausdauernd ihre Muttersprache verteidigt, schreibt die PGI; einerseits als Lehrerin, andererseits als Schriftstellerin, die sich



Sie hat Bivio geprägt: Elda Simonett-Giovanoli. (FOTO GION NUTEGN STGIER)

vor allem der Welt der örtlichen Sagen und Legenden gewidmet habe. Und nicht zuletzt als Redaktorin des «Almanacco del Grigioni Italiano»: 46 Ausgaben lang, von 1957 bis 2002, kümmerte sie sich dort um die Regionen Bergell und Surses. Beiträge von ihr erschienen auch in den Wochenzeitungen «Il Grigioni Italiano» und «La Pagina da Surmeir».

Am 20. Februar ist Elda Simonett-Giovanoli, «la maestra», in ihrem Heim in Bivio im Alter von 94 Jahren verstorben. Ihre letzten Worte haben die Anverwandten in der gestern erschienenen Todesanzeige festgehalten: «La vita? E forse per tutti una sola, piccola bolla di sapone.» Das Leben: Nichts als eine einsame kleine Seifenblase sei es vielleicht. JANO FELICE PAJAROLA